

ZERO COVID

Solidarität in den Zeiten der Pandemie

Nummer 3 · Januar 2022

Inhalt

- Bini Adamczak**
Die Angst der anderen
Seite 3
- Eva L. Blum**
Pandemie Schweiz
Seite 3
- Verena Kreiling**
Was heißt endemisch?
Seite 4
- Wolfgang Hien**
Gesundheitsschutz als
Fremdwort
Seite 5
- Winfried Wolf**
Eidesbruch der Regierenden
Seite 6
- Christian Zeller**
Elend der Pandemie
Seite 8

Das Desaster der Durchseuchung

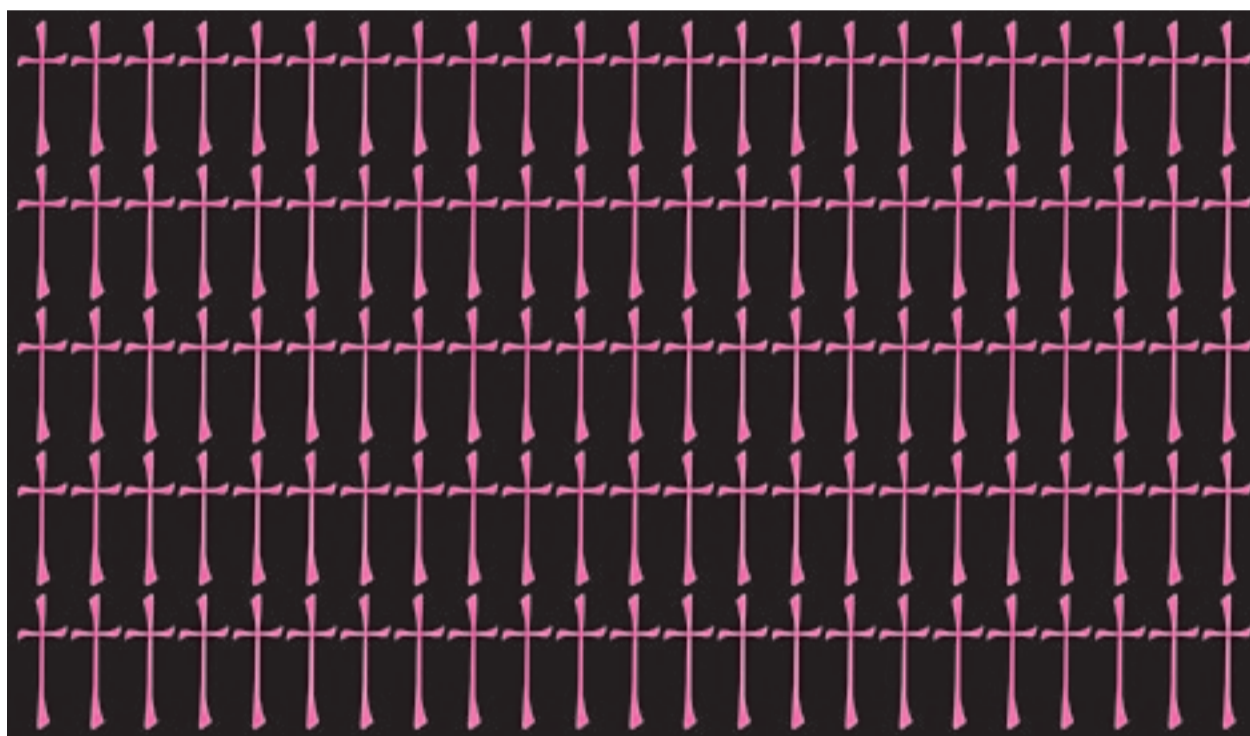
Yaak Pabst

Warum die Idee der kontrollierten Durchseuchung falsch ist und wir stattdessen eine Niedrig-Inzidenz-Strategie brauchen, um die Pandemie zu beenden. Ein Plädoyer für eine linke Antwort auf das Versagen der Regierenden

Die Pandemie wütet und bricht traurige Rekorde. 2021 hat sich die Anzahl der Infizierten weltweit auf mehr als 310 Millionen gut verdreifacht. Gut 5,5 Millionen sind an Covid-19 gestorben. Viele weitere Millionen Menschen durch Long-Covid verletzt. Warum? Weil fast alle Regierungen weltweit das Virus ein ums andere Mal unterschätzen und sich gegen eine *Niedrig-Inzidenz-Strategie (ZeroCovid)* entschieden. Nach jeder Welle versprochen sie, dass es die letzte sei und täuschten sich. Ihre Strategie (Flatten-The Curve) musste scheitern, weil sich die Virusverbreitung aufgrund der Tendenz zur exponentiellen Zunahme der Ansteckungen nicht so einfach kontrollieren lässt und durch die massenhafte Zirkulation in der Weltpopulation immer wieder neue Mutationen entstehen können, welche die einmal gewonnene Immunität unterlaufen.

Die Dynamik der Pandemie hat sich dabei weiter beschleunigt. 65 Prozent aller Toten gab es alleine im letzten Jahr und das, obwohl seitdem Impfstoffe zur Verfügung stehen. Doch weder die vielen Long-Covid-Verletzten, noch die vielen Toten sind im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Regierenden setzen bei der Pandemie darauf, dass wir uns an diese „Kollateralschäden“ gewöhnen.

Obwohl die Gefahren, die von Corona ausgehen, wissenschaftlich sehr gut dokumentiert sind, brechen die Forderungen nicht ab, alle Maßnahmen gegen Corona einzustellen. Weil in der Wirtschaft weiter Profite für die Wenigen geschaffen werden sollen, werden riskante Entscheidungen getroffen. Die Regierenden bedrohen mit ihrer „Mit-dem-Virus-Leben“-Linie die Gesundheit von Millionen – es trifft vor allem die Ungeimpften, aber eben auch zunehmend Genesene und Geimpfte.



Jedes Kreuz = 1000 Tote · Zahl der Todesfälle in Deutschland im Zusammenhang mit Covid: 115.337 (am 15.1.2022, Quelle: RKI)

Ausbaden müssen diese falsche Strategie auch die Beschäftigten in den Krankenhäusern, die unmenschliches leisten – im dritten Jahr der Pandemie. In fast allen Ländern, in denen die Regierungen hohe Ansteckungszahlen erlauben, weil sie auf eine kontrollierte Durchseuchung setzen, sorgt die Omikron-Variante für einen weiteren Anstieg der Patient:innen in den Krankenhäusern. Im Vergleich zu den früheren Wellen muss zwar – dank der Impfungen – ein wesentlich geringerer Anteil der Infizierten ins Krankenhaus. Dennoch steigt die Zahl der Klinikaufnahmen rasant an – das Gesundheitssystem droht angesichts der Masse an Erkrankten zu kollabieren. Das Einmaleins der Epidemiologie ist Schnelligkeit. Dazu gehört: testen, nachverfolgen, schützen und schließlich impfen. An diesen simplen Grundvoraussetzungen scheitern jedoch viele Regierungen. Die Strategie der kontrollierten Durchseuchung stellt nun auch die kritische Infrastruktur vor enorme Probleme. Dieser Kurs ist eine Sackgasse. Das wäre mit einer *Niedrig-Inzidenz-Strategie* nicht passiert.

Worüber kaum gesprochen wird, sind die Millionen Long-Covid-Verletzten. Studien zeigen jedoch: Bis zu 80 Prozent der mit Covid-19 Erkrankten leiden unter Langzeitsymptomen. Das Gerede von milden und moderaten Verläufen ignoriert die Tatsache, dass

auch Patient:innen mit asymptomatischen Krankheitsverlauf stark verletzt werden können. Die Aussicht, dass das Virus „endemisch“ werde, bedeutet unter diesen Bedingungen nichts Gutes.

Das gilt insbesondere für Kinder. In Deutschland sind erst 10 Prozent der Kinder unter 12 Jahren geimpft, ähnlich die Lage in anderen Ländern. Trotzdem sollen Schulen und Kitas mit aller Konsequenz offen gehalten werden. Das ist falsch und gefährlich. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft knüpft zu Recht die Frage des Schulbetriebs an ausreichenden Infektionsschutz für Schüler:innen und Lehrkräfte. In allen Wellen waren die Schulen ein Ort massiver Ausbreitung der Infektionen. Dies wiederholt sich jetzt. Eltern, Schüler:innen sowie Lehrkräfte müssen ihre Interessen nach Bildungsgerechtigkeit und gesundheitlichem Schutz gemeinsam durchsetzen: Schule braucht eine *Niedrig-Inzidenz-Strategie*.

Die Regierenden behaupten, eine *Niedrig-Inzidenz-Strategie* sei unrealistisch. Diese sei zu teuer, müsse international koordinierte Maßnahmen beinhalten und würde gegen den Freiheitsbegriff im »Westen« stehen. Wir meinen: Natürlich kostet eine nachhaltige Pandemiebekämpfung Geld. Aber die Gesellschaften in Europa haben enormen Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind

eine umfassende Arbeitspause aller (Lockdown) und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. Für uns ist klar: Die Pandemie kann ohne autoritären Polizeistaat erfolgreich bekämpft werden. Demokratie und Gemeinwohl sind dabei sogar entscheidend; eine internationale Kooperation ist kein Hexenwerk. All dies erfordert jedoch einen Politikwechsel, der die gesundheitlichen Interessen der Weltbevölkerung vor die Profitinteressen der Konzerne stellt. Doch anstatt einen Kurswechsel Richtung nachhaltige Bekämpfung der Pandemie einzuschlagen, wächst mit der Strategie der kontrollierten Durchseuchung die Gefahr neuer Mutationen und damit weiterer Infektionswellen.

Die Linke kann dieses Verbrechen der Regierenden vorerst nicht verhindern. Aber sie könnte es so laut wie möglich als das anprangern, was es ist: ein Massenmord an Geimpften und nicht Geimpften. Die Linke kann zugleich umfassenden Schutz vor Covid-19 auf Kosten der Wirtschaft fordern, wie auch die sofortige Aufhebung der Impfpflicht. Eine linke Stimme ist auch deswegen so wichtig, weil wegen der widersprüchlichen Regierungspolitik die Coronaleugner:innen vermehrt Zulauf bekommen und in ihrer Mitte die Nazis aufbauen. Ebenso wie das Virus, ist diese Entwicklung brandgefährlich. Höchste Zeit gemeinsam aufzustehen.

Streiken für Gesundheit

David Wetzel

Als die Pandemie im März 2020 Deutschland erreichte, war das für uns sofort spürbar: Schutzkleidung wurde rationiert. Masken mussten komplette Schichten getragen werden. Kolleg:innen wurden gefragt, ob sie freiwillig auf den Intensivstationen arbeiten. Besorgnis machte sich bei uns Beschäftigten der Berliner Krankenhäuser Charité und Vivantes breit. Also versuchten wir, mit der Berliner Landespolitik einen Corona-Krankenhauspakt auszuhandeln. Nach zwei Terminen mit der Gesundheitsministerin wurde klar, dass die SPD das Vorhaben versanden lassen wird. Ein Jahr später war unsere Reaktion eine vollkommen andere: Statt leerer Appelle traten wir die Berliner Krankenhausbewegung los. Ziel war es, mittels gewerkschaftlicher Organisation und wenn nötig Streik, Entlastung für alle Beschäftigten durchzusetzen. In unserer Tarifbewegung sollten die Kämpfe der Pflegekräfte für mehr Personal mit der Forderung nach besserer Bezahlung bei den outgesourceten Beschäftigten der Tochterbetriebe von Vivantes verbunden werden.

Wir organisierten uns in elf Krankenhäusern, kämpften zehn Monate lang, streikten mehr als einen Monat und setzten schlussendlich die bis dato besten Entlastungstarifverträge bundesweit durch. Wie geht das in Covid-Zeiten? Mit der Bewegung für mehr Personal, die bereits 2015 an der Charité begann, hat ein bundesweiter Lernprozess eingesetzt, bei dem wir Beschäftigten uns gegenseitig austauschen und auf die Erfahrungen der Kämpfe an anderen Krankenhäusern aufbauen konnten. Mit dem Betten- und Stationsschließungstreik steht uns ein enormes Druckmittel zur Verfügung, welches immer eine Notfallversorgung der Patient:innen garantiert, aber auch sehr vielen Kolleg:innen das Streiken ermöglicht.

Damit dieses Druckmittel aber vollumfänglich wirkt, braucht es Mehrheiten, die wir mit Organizing-Methoden und einem klaren Fahrplan gewonnen haben. So konnten wir am Ende mit 2.300 neuen Gewerkschaftsmitgliedern unsere Forderungen durchsetzen. Schon vor der Pandemie befand sich die Qualität der Gesundheitsversorgung im Krankenhaus im Abwärtsstrudel. Das ist für uns unvereinbar mit unserem Berufsethos. Aber statt auf Berufsfucht setzen wir auf unsere kollektive Macht. Kämpfen lohnt sich! Deshalb geht es dieses Jahr in den Krankenhäusern in NRW weiter.

David Wetzel ist Gesundheits- und Krankenpfleger, Mitglied der ver.di-Tarifkommission an der Charité und aktiv in der Berliner Krankenhausbewegung.

Freiheit und Covid-19

Debatten auf der Linken und in Gewerkschaften



Montage: J. Römer/zero covid

In der Linken und in den Gewerkschaften gibt es verstörende Behauptungen zur Pandemie, die beantwortet sein wollen. Siehe die nachfolgenden Beispiele mit dem Versuch solcher Antworten.

Behauptung 1 Es geht um die Verteidigung von Freiheitsrechten

„Freiheit ist nicht verhandelbar – Corona-Maßnahmen beenden – JETZT“ – So der Text auf einem Transparent bei einem Spiel der zweiten Bundesliga in Aue, Sachsen, im November. „Holt Euch Eure Freiheit zurück.“ So die Sängerin Nena im Juli 2021 vor Fans.¹

Antwort Der Freiheitsbegriff des Individuums macht nur Sinn, wenn der Mensch als Teil der Gesellschaft gesehen wird. Die Freiheit Einzelner endet dort, wo damit die Rechte anderer verletzt werden. Die Freiheit einer Minderheit, Covid-19-Maßnahmen nicht einzuhalten, hat die logische Folge, dass das Recht vieler (z.B. auf körperliche Unverletztheit) verletzt wird. Nach der NSDAP-Machtergreifung 1933 wurden Geschwindigkeitsbeschränkungen im Kfz-Verkehr aufgehoben; damit wurden einer Minderheit neue „Freiheitsrech-

te“ gewährt; die Zahl der Verkehrstoten verdreifachte sich. Seit 15 Jahren wurden in Europa das Rauchen (von Zigaretten usw.) – und damit individuelle Freiheitsrechte – stark eingeschränkt. Die durch Rauch bedingten Todesfälle haben sich dadurch massiv reduziert. Die Freiheitsrechte einer deutlich größeren Zahl Menschen wurden erweitert.

Behauptung 2 Impfstoffe wirken wenig

Es stelle sich „immer mehr heraus, dass die Impfung nicht das hält, was man sich von ihr versprochen hat. Nicht nur, dass die Wirksamkeit der Impfstoffe schneller nachlässt, als man das zu Beginn der Impfkampagne erwartet hatte.“ So Sahra Wagenknecht im November 2021.²

Antwort Zunächst ist klarzustellen: Der Impfschutz ist weniger gut, weil es zu Mutationen kam. Zu diesen wiederum kommt es, weil das Virus breit zirkulieren kann, weil Eindämmungsmaßnahmen unzureichend waren und weil die Impfquoten zu niedrig sind. Sodann stellen die sogenannten Impfdurchbrüche die Effektivität der Impfung nicht generell infrage. Das RKI dazu:

„Im Vergleich zu den Ungeimpften mussten deutlich weniger [geimpfte] Menschen beatmet werden – und das, obwohl die Personen älter waren und Risikofaktoren aufwiesen. Und: Die Sterblichkeitsrate sank bei den Geimpften im Vergleich zu den Ungeimpften deutlich.“

Behauptung 3 Besserer Schutz durch überstandene Infektion

„Ich habe am Beispiel des Bayern-Stars Joshua Kimmich dargelegt, dass er nach überstandener Infektion eine bessere Immunreaktion haben wird als seine geimpften Mannschaftskameraden...“ So Oskar Lafontaine am 7. Dezember 2021.

Antwort Das ist unlogisch und unsolidarisch. Mangelnde Logik: Nur wenn eine Corona-Infektion überstanden ist, gäbe es – möglicherweise – diese „bessere Immunreaktion“. Zunächst einmal wird hier empfohlen, eine Infektion eben mal zu riskieren – mit dem Risiko, schwer zu erkranken. Unsolidarisch: Würden alle so handeln und es auf eine Infektion ankommen lassen, um möglicherweise eine „bessere Immunreaktion“ zu erhalten, dann wäre die Pandemie außer Kontrolle und wir hätten ein Vielfaches an Corona-Toten. Doch geben wir Joshua Kimmich das Wort. Nach seiner Corona-Erkrankung sagte er: „Vielleicht musste ich auch erst das durchleben, was ich jetzt durchlebt habe. Natürlich, rückblickend gesehen, würde ich gerne die Entscheidung des Impfens früher treffen.“

Behauptung 4 Kein Zusammenhang zwischen Impfquote und Corona-Tod

„Das Argument, eine höhere Impfquote hätte Deutschland vor einer vierten Welle geschützt, ist durch die Entwicklung in Län-

dern mit höherer Impfquote wie [...] Dänemark und Irland, oder Schweden [...] mehr als in Frage gestellt.“ Oskar Lafontaine, Erklärung vom 22. November 2021.

Antwort Die Impfquote ist ein Faktor unter vielen, die Corona entgegenwirken. Dennoch lässt sich daran bereits einiges erkennen. Dänemark z.B. hat eine höhere Impfquote als Schweden (78% gegenüber 71%). Die Zahl

Corona-Ausbruch bei Weltmarktführer

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Rainer Dulger, ist einer der drei Geschäftsführer von ProMinent. Anfang November 2021 wurden in der Serviceabteilung der Firma von den damals anwesenden neun Beschäftigten fünf positiv getestet und nach Hause geschickt. Für den Rest der Abteilung gab es „Homeoffice“.

Die Vorgeschichte – ein Umzug in ein neues Gebäude – ist typisch. Der Betriebsrat hatte diesem Umzug nicht zugestimmt, weil Voraussetzungen zum Corona-Schutz nicht erfüllt waren. Es waren vor allem die beengten räumlichen Verhältnisse der neuen Büros, die die Interessenvertretung beanstandete und eine geringere Belegung forderte. In den alten Büros gab es maximal zwei Personen pro Raum. Während der Pandemie wurde die Belegung auf eine Person beschränkt. Nach dem Umzug sollten in den neuen Räumlichkeiten jeweils zwei Personen pro Büro ständig in Präsenz anwesend sein.

Benedikt Hammer IGM-Betriebsrat bei ProMinent, Heidelberg; Name aus Sicherheitsgründen geändert

der Corona-Toten je 100.000 Einwohner liegt in Dänemark bei 50, in Schweden bei 149 – drei Mal höher. Irland hat die hohe Impfquote von 77% und zählte 114 Corona-Tote je 100.000 Menschen. Länder vergleichbarer Größe in Europa mit niedrigen Impfquoten müssen wesentlich mehr Corona-Tote beklagen. Beispiele: Ungarn – Impfquote 60% ; 363 Corona-Tote/100.000 Menschen; Slowakei – Impfquote 44%, 267 Corona-Tote/100.000 Menschen, Bulgarien – Impfquote 27%, 417 Corona-Tote je 100.000 Menschen. (Angaben jeweils für den 30.11.2021).

Behauptung 5 Wirtschaft muss laufen

„Wir Sozialpartner haben [...] mit Pandemieplänen und tariflichen Vereinbarungen zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Krise das wirtschaftliche Leben trotz der schwierigen Bedingun-

gen in zahlreichen Bereichen aufrechterhalten.“ So der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und der Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger in einer gemeinsamen Erklärung vom 7. November 2021

Antwort Es trifft zu, dass der DGB sich auch in Pandemie-Zeiten in das Arbeitgeber-Boot setzte. Die Arbeitgeber hatten dabei das nachvollziehbare Arbeitgeberziel, „das wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten“, also hohe Umsätze und hohe Gewinne zu erzielen, gegebenenfalls auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten. Notwendig seitens der Gewerkschaften wäre jedoch eine Politik, die der Gesundheit der Beschäftigten die absolute Priorität zuordnet. Schließlich veröffentlichte der DGB nur drei Wochen später, am 30. November 2021, eine Presseerklärung, in der es heißt: „Ein Viertel der Beschäftigten sieht sich am Arbeitsplatz nur schlecht vor einer Ansteckung geschützt.“

Behauptung 6 Ungeimpfte sind Opfer

„Dieses eine Drittel [Ungeimpfte; d. Red.] erfährt eine Aufmerksamkeit, wie sie früher nur Ketzer, Hexen, Deserteure, Volksschädlinge, Friedensfeinde und asozialen Elementen zuteil wurde.“ Hendrik M. Broder, in: *Die Welt* vom 25. November 2021

Antwort Damit wird unterstellt, es gäbe heute Verhältnisse, die u.a. an die Zeiten der NS-Diktatur erinnern. Das ist eine Verharmlosung der NS-Diktatur. Damit werden in zweifacher Weise

die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Zum einen ist es offensichtlich eine Minderheit – die der Impfgegner – die auf sich mit Demos usw. aufmerksam macht, die dabei tausendfach Corona-Schutzmaßnahmen missachtet und darauf (meist mit Erfolg) setzt, dass das für sie keine größeren negativen Folgen hat. Zweitens ist diese Gruppe nicht Opfer einer rechten Obrigkeit. Vielmehr wünschen sich viele Ungeimpfte genau solche diktatorischen Verhältnisse eines rechten Regimes herbei. Einer Forsa-Umfrage zufolge stimmten bei der Bundestagswahl im September ganze 50 Prozent der ungeimpften Wählerinnen und Wähler für die AfD.³

Anmerkungen:

¹ Mit Foto wiedergegeben in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28.11.2021. Zitat Nena vom Open Air-Konzert in Brandenburg, Juli 2021 (FAZ vom 27.7.2021)

² Newsletter 168 vom 11. November 2021.

³ Spiegel vom 20.11.2021

Impressum – Bestellungen – Redaktion

ZeroCovid – Solidarität in den Zeiten der Pandemie erschien erstmals am 17. Februar 2021. Der Aufruf für die Kampagne ZeroCovid findet sich auf der Website: www.zero-covid.org · Unsere Plattform siehe Seite 8.

Bezugspreise Bis 99 Ex. kostet ein Exemplar 35 Cent plus Porto und Verpackung. Bei Bestellungen ab 100 Ex. berechnen wir 25 Cent je Ex plus die Kosten für Porto und Verpackung. Bitte Zahlung nur nach Erhalt der Rechnung.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts Winfried Wolf
Träger BFS e.V. – Büro für Frieden & Soziales · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
ZeroCovid finanziert sich ausschließlich über Kostenbeiträge und Spenden.

Konto (für Spenden) BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse)
IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

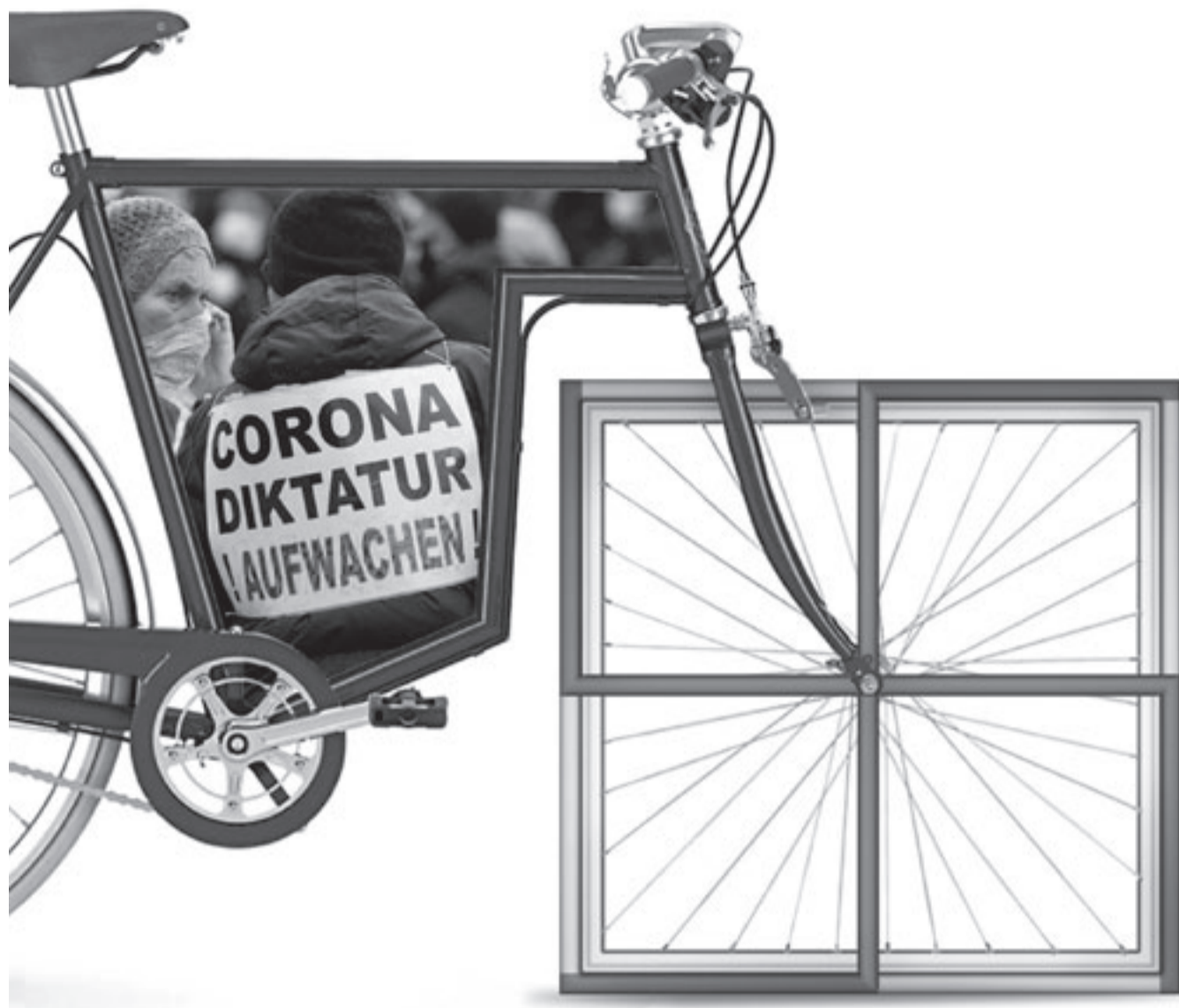
Bestellungen bitte möglichst über das online-Formular auf der ZeroCovid-Website
Per E-Mail an: heinoberg38@googlemail.com

Bestellungen telefonisch 0 179 - 7 74 55 27 (Heino Berg)

Post an die Redaktion BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf /
Redaktion Wolfgang Alles (Mannheim) · Eva L. Blum (Zürich) · Ulrich Franz (Wuppertal) · Angela Klein (Köln) · Verena Kreiling (Salzburg) · Yaak Pabst (Berlin) · Bea Sasserma (Wuppertal) · Winfried Wolf (Michendorf) · Christian Zeller (Salzburg)

Gestaltung Joachim Römer

Was tun gegen die „Querdenken“-Bewegung?



Montage: J. Römer/zero covid

Volkhard Mosler

Die „Querdenken-Bewegung“ erlebte in den letzten Wochen einen erneuten Aufschwung. Seit Ankündigung einer Impfpflicht durch Kanzler Scholz am 28.11. haben sich die Zahl von Demonstrationen und Demonstrierenden verdreifacht. Zugleich fand eine politische Radikalisierung nach rechts statt. Alte und neue Nazis von „Reichsbürgern“ über die AfD und „Compact“ bis hin zur „Identitären Bewegung“ sind Teil der Proteste, oft stehen sie an ihrer Spitze. Antisemitisch codierte Verschwörungsmymen bis hin zu Holocaust-Verharmlosungen werden zur Schau getragen.

Die sich selbst so bezeichnende »Querdenken«-Bewegung vereint politisch sehr heterogene Elemente. Im Osten liegt die Führung häufiger bei neofaschistischen Gruppierungen, im Westen öfter bei Esoteriker:innen oder selbsternannten „Freien Linken“, wobei auch im Westen der Einfluss neofaschistischer Kräfte gewachsen ist. Der Chef des Bundesverfassungsschutzes Haldenwang hat davor gewarnt, dass mit Mordanschlägen aus den Reihen der radikalisierten „Querdenken“-Bewegung zu rechnen ist.

Zusammengehalten wird die Bewegung im Wesentlichen durch Leugnung oder Verharmlosung der Covid19-Pandemie und der Bekämpfung von Impfung und Schutzmaßnahmen. Eine einheitlich politische Ideologie hat sich bislang nicht herausgebildet. Allerdings haben die Organisator:innen der Demonstrationen eine Abgrenzung von Kräften der radikalen Rechten abgelehnt. Damit bietet die Bewegung der AfD und anderen neofaschistischen Kräften ein offenes Feld, in dem sie neue Kräfte sammeln können. Die AfD ist seit Mitte Dezember dazu übergegangen, selbst als Organisatorin von Kundgebungen „gegen Impfwang“ aufzutreten, so etwa in Nürnberg mit 3000 Teilnehmenden.

Der politische Kampf gegen die Bewegung der Corona-Leugner:innen ist ein asymmetrischer. Die Gegenbewegung ist doppelt geschwächt: einmal, weil wir es nicht mit einer klar rassistischen, sexistischen oder neofaschistischen Bewegung zu tun haben. Darüber hinaus ist es schwer, vor dem Hintergrund einer fünften

Corona-Welle überhaupt Massenversammlungen von Vernünftigen zu mobilisieren, die von der Gefährlichkeit des Virus überzeugt sind. Was kann die gesellschaftliche Linke also tun?

Gegenaktionen sollten sich als Ziel setzen, die allgemeine Bevölkerung aufzufordern, sich dem Kampf gegen das Virus anzuschließen, Verschwörungsmymen als solche zu entlarven und sich dem Schulterschluss der Corona-Leugner mit alten und neuen Nazis entgegenzustellen.

In Wien haben Parteien und Gewerkschaften zu einer Lichterkette um die Wiener Innenstadt in Solidarität mit dem Krankenhauspersonal und in Gedenken an die 13.800 Covid 19-Toten aufgerufen. In Greiz (Thüringen) hatten Parteien und Kirchen dazu aufgerufen, um eine bestimmte Uhrzeit von Balkonen und aus Fenstern Weihnachtslieder und andere Musik über Lautsprecher ertönen zu lassen. Plakatkampagnen, öffentliche Aufrufe, Lichterketten etc. werden zwar nicht ausreichen, um eine sich radikalisierte rechte Straßenbewegung zu stoppen. Sie können jedoch helfen, die schweigende Mehrheit, die im Impfen einen Akt der Solidarität mit den Alten, Kranken und Gefährdeten sieht und die nicht achselzuckend noch mehr Covid-19-Tote hinzunehmen bereit ist, einzubeziehen und für notwendige Massenproteste zu gewinnen. Hier ist die Linke gefragt, Gegenproteste mitzuorganisieren bzw. selbst Bündnisse für Gegenproteste zu initiieren.

Die aktuelle Stärke der Coronaleugner:innen-Bewegung spiegelt den Vertrauensverlust in die Pandemiepolitik der Bundes- und Landesregierungen wider, die wiederholt das baldige Ende der Pandemie und damit der Einschränkungen von Freiheiten angekündigt haben, um dann mit jeder neuen Welle das Gegenteil zu tun. Als Linke müssen wir uns für die sofortige Freigabe der Patentrechte auf die Impfmittel, eine aufsuchende Impfkampagne und einen massiven Ausbau des staatlichen Gesundheitswesens stark machen. Gesundheit darf keine Ware sein.

Volkhard Mosler ist Mitglied der LINKEN in Frankfurt/Main sowie wie im Bündnis Aufstehen gegen Rassismus aktiv.

Politik der Angst oder Sicherheit für alle

Bini Adamczak

Im Allgemeinen ist die Angst die Angst der Anderen. Angeblich ist es immer der politische Gegner, der unberechtigte Ängste schürt, um sie zu instrumentalisieren. Tatsächlich wird die Angst dabei nur verschoben. Die Coronaleugnerinnen etwa, die die Angst vor dem Virus verhöhnen, betrachten es zugleich als völlig unproblematisch, mit der Angst vor der Impfung Politik zu machen. Während die Tatsache, dass Millionen von Menschen an Covid sterben, als Fake News gilt, wird jeder Bericht über schwere Impfschäden tausendfach geteilt. Die Verschiebung beinhaltet auch einen Gewinn: Das Virus ist abstrakt und unsichtbar, dagegen wirkt noch eine Geheimgesellschaft greifbar. Den antisemitischen Verschwörungstheorien, die sich in der Pandemie großer Popularität erfreuen, gelten die Juden als allmächtig und zugleich minderwertig – und somit heimlich als ungefährlich.

Rechte Politik verspricht kollektive Stärke auf Kosten der Schwachen. Dabei erhält sie die tatsächlichen Ursachen der Angst am Leben und produziert zugleich immer neue. Doch unter der Bedingung globaler Interdependenz lässt sich das rechte Versprechen, die eigenen Privilegien durch den Ausschluss der anderen zu sichern, selbst für die Ingroup nicht mehr halten. Jede neue Virusmutation beweist das.

Das emanzipatorische Gegenprogramm hierzu leugnet die Angst nicht, sondern fußt auf der Anerkennung wechselseitiger Verletzbarkeit. Es fordert, die eingebildeten Gründe für die Angst durch ihre tatsächlichen Ursachen zu ersetzen. Nicht „Rasse“ also, sondern Rassismus, nicht Verschwörungen, sondern reale Pandemien, nicht gierige Kapitalistinnen, sondern Kapitalismus. Die Angst vor der Zerstörung des Planeten etwa, die der kapitalistische Wachstumszwang vorantreibt, ist begründet und betrügerisch sind gerade die Bemühungen, sie mit Beruhigungsformeln der Normalität zu betäuben.

Emanzipatorische Politik zielt so tatsächlich auf Sicherheit, allerdings nicht auf die begrenzte Sicherheit der wenigen, sondern auf Sicherheit für alle.

Bini Adamczak arbeitet als Philosophin und Künstlerin und ist Mitbegründerin von ZeroCovid

Schweiz: Güterabwägung zugunsten der Wirtschaft

Eva L. Blum

Als Leitlinie der Schweizer Politik gilt seit Beginn der Pandemie: „Grundsätzlich sollten neue, einschränkende Massnahmen erst eingeführt werden, wenn eine Überlastung des Spitalsystems droht“. So die Forderung von Economiesuisse, grösster Lobbyverband der Schweizer Wirtschaft. Die zynische Kalkulation, die diesem Kurs zugrunde liegt, wurde bereits im Herbst 2020 offen kommuniziert. Auf die Frage, ob die Politik angesichts vieler Todesfälle nicht früher hätte reagieren müssen, entgegnete der Bundesrat: „Wir sind bewusst dieses Risiko eingegangen, weil wir eine Güterabwägung gemacht haben.“ Nicht nur die Gesundheit sei wichtig, auch die Wirtschaft müsse leben und ein gesellschaftliches Leben müsse möglich sein. Der Weg sei richtig.

Auch wenn es so scheint, als würde die Pandemie durch diesen Kurs unnötig in die Länge gezogen, als sei ihre staatliche Bewältigung ineffizient, muss man nach fast zwei Jahren doch konstatieren: Gemessen an der selbst gesetzten Aufgabe geht die Rechnung auf. Für die Schweizer Wirtschaft läuft es den Umständen entsprechend gut. Einige Privatvermögen konnten durch Corona sogar enorm wachsen. Im Grossen und Ganzen ist also gelungen, worum es beim Pandemie-Management geht. Dass damit vermeidbares Leid nicht vermieden, sondern in Kauf genommen wird, ist kein Zeichen von Staatsversagen, sondern zeigt, worin der Staat im Kapitalismus seine Aufgabe sieht.

Doch nun wird die Sachlage deutlich riskanter, denn die neue, hoch ansteckende Virusvariante Omikron breitet sich rasend schnell aus. Bis Ende Januar, so die Warnung eines Virenforschers der Uni Basel, könnte die halbe Bevölkerung am Corona-Virus erkranken. Deshalb müsse jetzt gehandelt werden. Es seien Kontaktbeschränkungen notwendig, um die Welle zu brechen. Doch der Alarm verhallt einmal mehr ungehört. Die vom neoliberalen Kalkül getriebene Ignoranz der Politik gegenüber den Erkenntnissen der Epidemiologie lässt sich seit Beginn der Pandemie beobachten. Mit Omikron erhält sie eine neue Qualität. Da statt *Flatten the curve* nun der Weg der Herdenimmunsierung verfolgt zu werden scheint, wird der Preis, der zu zahlen sein wird, hoch sein. Sehr hoch.

Eva L. Blum ist aktiv in der Bewegung für den Sozialismus und lebt in Zürich.

Das Märchen vom Ende der Pandemie

Verena Kreilinger

Omikron soll nach zwei Jahren Pandemie nun deren Ende einläuten. Einmal noch durch die stürmische Welle, um dann in endemisch ruhigen Gewässern aufzutauchen. So lautet die Erzählung, welche die aktuelle Durchseuchungsstrategie der deutschsprachigen Länder bestimmt. Warum ist das gefährlich?

Unsicherheit über Omikron

Wir wissen schlicht noch zu wenig über Omikron. Klar ist: Die Mutation verbreitet sich rasend schnell. Anstelle vor einer Welle, stehen wir vor einer Wand. Die schiere Masse an erkrankten Menschen, auch der Beschäftigten in kritischen Infrastrukturen, kann dramatischen Auswirkungen haben.

Die Behauptung, Omikron würde zu mildereren Verläufen führen, ist nicht ausreichend abgesichert. In Südafrika oder Großbritannien wurden im Vergleich zu anderen Wellen weniger Menschen im Krankenhaus behandelt. In den USA zeigt sich jedoch ein anderes Bild: In Washington, Maryland und Ohio steigen mit den Inzidenzen auch die Hospita-



lisierungen und die Intensivbettenbelegungen auf Rekordwerte. In New York und Chicago sterben kaum weniger Menschen als im Vergleich zu früheren Wellen. Niedrigere Impfquoten, geringere Immunität aufgrund durchgemachter Erkrankung und eine andere Altersstruktur können dafür verantwortlich sein.

Völlig zurecht äußert Gerry Foy-

tik, Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes und Mitglied im österreichischen Krisenstab, zu dem gefassten Durchseuchungs-Beschluss: „Durchseuchung ist KEINE Strategie. Durchseuchung bedeutet Kapitulation vor dem Virus. Es bedeutet, aus dem Vermeidbaren das Unvermeidbare zu machen. Es bedeutet unkalkulierbares Risiko für uns alle und dass wir Kinder und vulnerable Gruppen zwingen, russisches Roulette zu spielen.“

Gefahr weiterer Mutationen

Je mehr Infektionen, desto größer die Wahrscheinlichkeit von Mutationen. Die gefährlichste Petrischale für Escape-Mutationen sind Länder wie unsere: Extrem hohe Inzidenzen in einer zugleich maßgeblich, aber nicht vollständig, geimpften Bevölkerung. Während sich das Virus in der einen Bevölkerungshälfte wild vermehrt und dabei das Auftreten von kleinen Veränderungen umso wahrscheinlicher wird, kann es in der anderen - immunisierten - Be-

völkerungsgruppe austesten, ob ihm diese Veränderungen einen Vorteil verschaffen. Eine schnelle und weltweite Impfkampagne muss von niedrigen Infektionszahlen begleitet sein.

Irrglaube endemisch

Die Hoffnung, dass die Bedrohung durch SARS-Cov-2 ein Ende hat, sobald das Virus endemisch wird, beruht auf etlichen Fehlnahmen.

„Wenn ein Virus endemisch wird, ist es harmlos“. Das stimmt nicht. Auch Masern, Malaria, Typhus und Cholera gelten als endemische Krankheiten. Ihre Gefährlichkeit ist unumstritten. Auch ein endemisches Virus kann jährlich zu vielen Toten führen.

„Endemisches Sars-CoV-2 ist vergleichbar mit Grippe“. Ja und Nein. Auch wenn die Grippe endemisch ist, führen Mutationen immer wieder zu epidemischen Wellen dramatischen Ausmaßes. So hat die Grippewelle im Winter 2017/2018 allein in Deutschland

25.000 Tote und völlig überlastete Krankenhäuser verursacht. Die Infektionssterblichkeit von Sars-CoV-2 ist jedoch um ein Vielfaches höher. Die Vorstellung gleichzeitiger Corona- und Grippewellen ist beunruhigend. Neueste Ergebnisse einer Studie des Hamburger Uniklinikums zeigen, dass selbst milde Krankheitsverläufe Organe wie Lunge, Herz und Nieren mittelfristig schädigen können. Zudem: Jede Corona-Infektion kann – auch wiederholt – zu Long Covid führen. Wer möchte dieses Risiko immer und immer wieder eingehen?

„Ein endemisches Virus ist handhabbar“. Auch das ist falsch. Endemisch bedeutet, dass eine Krankheit immer auf einem ähnlichen Level in einer Gesellschaft zugegen ist. Ob dieses Level gesellschaftlich bewältigbar ist oder nicht, tut hierbei nichts zur Sache. Die Höhe dieses Levels wird nicht allein von den Eigenschaften des Krankheitserregers bestimmt, sondern ist auch Ergebnis eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses: Wie viele Fälle werden akzeptiert? Wir sehen aktuell, dass 400 Corona-Tote täglich in Deutschland ein politisch akzeptabler Wert zu sein scheinen. Weltweit Siebentausend. Die gesellschaftliche Verrohung, die sich hier vollzieht, ist besorgniserregend.

Ob ein endemisches Stadium, also ein „Ende der Pandemie“ oder „Tote ohne Ende“ bedeutet, hängt also auch davon ab, ob es uns als Gesellschaft gelingt, Menschlichkeit und Solidarität gegen die Bestrebungen des Kapitals und der Rechten zu verteidigen.

Verena Kreilinger ist Medienwissenschaftlerin, aktiv in der Klimagerechtigkeitsbewegung und Mitinitiatorin von #ZeroCovid. Sie ist Co-Autorin (mit Winfried Wolf und Christian Zeller) von Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie (Papyrossa Verlag).

Frauen in der Pandemie – Durchschnittlich hoffnungslos

Das Auf und Ab der Maßnahmen zur gebremsten Durchseuchung plätschert vor sich hin. Zwei Jahre, die geprägt waren von der Verleugnung der menschlichen Schwäche und Verletzlichkeit. Eine Zeit, in der auch die bescheidenen, staatlichen Korrekturen zwischenmenschlicher Verhältnisse an ihre Grenzen kamen: Obdachlosenhilfe, Beratung bei häuslicher Gewalt, Verfolgung von Sexualdelikten usw. Von den Umwälzungen im Wirtschaftsleben, die in der Krise weit offen stehende Tore vorgefunden und vor allem reichen Männern genutzt haben, gar nicht zu reden. Nicht nur Zero Covid warnte vor den Folgen, die diese Politik für Frauen und andere marginalisierte Geschlechter haben würde. Besonders prekär: Die Lage von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern, solchen mit psychischen Vorerkrankungen und denen, die sich vereinzelt mit ihren Partnern hinter Wohnungstüren wiederfinden. Denn die Klassenfrage ist immer auch eine Geschlechterfrage. Armut und das Los, kein Mann zu sein, sind Faktoren, die sich – ganz im Sinne der in aller Munde liegenden, intersektionalen Betrachtung – in ihrer Verschränkung nicht bloß addieren, sondern etwas qualitativ Neues ergeben. Doch die Durchschnittshoffnungslosigkeit, die das ergibt, ist vereinzelt und auf stumm geschaltet. Wie lassen sich diese Stimmen einfangen und verstärken?

Jeja Klein, freie*r Journalist*in und Autor*in

„Durchseuchung wird passieren.“ Long Covid – die Gesundheitskrise, die nicht endet

Verena Kreilinger

Durchseuchung sei zwar ein negativ behaftetes Wording, das Angst mache. „Aber Omikron ist so ansteckend, dass wir nicht daran vorbeikommen.“ So begründet Katharina Reich, die Leiterin der österreichischen gesamtstaatlichen Covid-Krisenkoordination, den Paradigmenwechsel in der Pandemiestrategie. Auch die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli spricht von einer „Monsterwelle, die sich nicht mehr stoppen lässt“. Doch das Positive daran: „Bald dürften wir größtenteils Normalität haben.“

Doch was, wenn diese „Norma-

lität“ für Millionen Menschen nur die Verlängerung einer Krankheit ist, der sie von ihren Regierungen ausgeliefert wurden? Bereits heute warnen Medizinexpertinnen, dass Long Covid eine gigantische öffentliche Gesundheitskrise bedeutet. Diese wird im Schatten der akuten Pandemie von der Öffentlichkeit und Politik viel zu wenig beachtet. Schätzungen zufolge leiden weltweit mehr als 100 Millionen Menschen an dieser langwährenden Form einer Corona-Infektion. Eine Meta-Analyse von Studien durch Forscher der Penn State University (USA) ergab, dass mehr als die Hälfte der 236 Millionen Menschen, die zum Zeitpunkt der Veröffent-

lichung der Studie an Covid-19 erkrankt waren - inzwischen sind es 307 Millionen -, Symptome hatten, die länger als sechs Monate andauerten.

Die betroffenen Menschen leiden unter einer Reihe von Krankheitsmerkmalen. Am häufigsten werden intensive Müdigkeit und Atemprobleme genannt. Organe wie Herz und Niere können geschädigt sein, Diabetes und Thrombosen können sich ausbilden. Bei einigen treten kognitive Beeinträchtigungen, oft als „Gehirnnebel“ bezeichnet, auf.

Die Wissenschaftlerinnen befinden sich noch im Anfangsstadium bei der Suche nach den Ursachen und entsprechenden Behand-

lungsmöglichkeiten, die den Menschen wieder ihr normales Leben ermöglichen. Etwas, das vielen Betroffenen unmöglich ist. Bereits einfache Tätigkeiten werden zur Belastung, arbeiten zu gehen wird oft undenkbar.

Frauen haben ein besonders hohes Risiko an Long Covid zu erkranken. Doch gerade Frauen sind im Krankenhaus, in der Pflege, in Bildungseinrichtungen häufig großen Viruslasten ausgesetzt. Diejenigen, die unsere Gesellschaft durch die Pandemie tragen müssen, werden besonders gefährdet von einer Krankheit, die einfach nicht weggeht.

Es ist nicht klar, in welchem Ausmaß die Impfung einer Er-

krankung an Long Covid vorbeugt. Erste Auswertungen aus Großbritannien schätzen, dass sie das Risiko halbiert, aber nicht beseitigt. Setzen die Regierungen mit Omikron nun auf eine rasche Durchseuchung, nehmen sie ganz bewusst in Kauf, Millionen Menschen – auch Kinder – einer Krankheit auszusetzen, für die es keine ursächlichen Therapien gibt. Ein Skandal im Stillen.

Empfehlung: In der ZDF Doku „Corona ohne Ende?“ informiert Eckart von Hirschhausen über Long Covid und begleitet Menschen bei ihren Versuchen, die Krankheit in den Griff zu bekommen. Verfügbar in der Mediathek: <https://www.daserste.de/information/ratgeber-service/hirschhausens-check-up/videos/hirschhausen-corona-ohne-ende-video-102.html>

Schattenreich Arbeitswelt

Für unser Recht auf Gesundheit streiten!

Wolfgang Alles

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

So formulierte es die Weltgesundheitsorganisation 1946. Heute hat die Relativierung von Gesundheit Konjunktur. Einen aktuellen Beleg hierfür lieferte Bundesfinanzminister Lindner beim FDP-Dreikönigstreffen. Er fabulierte dort, dass „Freiheit“ der wichtigste Wert des Grundgesetzes sei. Gesundheit sei zwar wichtig, habe sich aber der „Freiheit“ unterzuordnen. Noch schriller das Geschrei in der Impfgegnerschaft. „Lieber stehend sterben als knieend leben! Freiheit!!!“ lautet eine ihrer menschenverachtenden Parolen.

Zur Erinnerung: Im Grundgesetz stehen nicht zufällig an erster Stelle die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und das Bekenntnis zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“. Im danach folgenden Artikel 2 GG heißt es: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Dies ist zugleich mit dem Sozialstaatsgebot in Artikel 20 GG die elementare rechtliche Grundlage für einen verpflichtenden Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt.

Durch das Arbeitsschutzgesetz von 1996 (2013 aktualisiert) ist ein präventiver, ganzheitlicher Gesundheitsschutz – von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen



– in der gesamten Arbeitswelt verpflichtend. *Ganzheitlich* meint die Abwehr sowohl physischer als auch psychischer Gesundheitsgefährdungen. Diese muss durch einen kontinuierlichen, geplanten Kreislaufprozess von Gefährdungsbeurteilungen erfolgen

Grundsätzlich orientiert sich daran auch der Infektionsschutz am Arbeitsplatz. Er ist durch die geltende SARS-CoV-2-Arbeitsschutz-Verordnung geregelt. Sie „dient dem Ziel, das Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 bei der Arbeit zu minimieren.“ Die darauf aufbauende SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel konkretisiert diese Anforderungen nach dem Arbeitsschutzgesetz. Beide Bestimmungen gelten

allerdings derzeit nur bis zum 19. März 2022 und sind unbedingt inhaltlich zu verbessern und weiter zu verlängern.

Die Vorgaben für den Gesundheits- bzw. Infektionsschutz in der Arbeitswelt sind also zwingend und eindeutig. Aber die Wirklichkeit sieht meist ganz anders aus. Firmenleitungen und Interessenverbände bekämpfen die gesetzlichen Vorgaben. Die hier skizzierten Entwicklungen sind Resultat eines Klassenkampfes von oben und der dadurch erfolgten Schwächung betrieblicher sowie gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist der Anteil von Beschäftigten, die in Betrieben mit Branchentarifvertrag und Betriebsrat arbeiten,

massiv zurückgedrängt worden – von 41 auf 24 Prozent im Westen und von 29 auf 14 Prozent im Osten Deutschlands.

Dem fortgesetzten Rechtsbruch in der Arbeitswelt kann nur durch eine konsequente Gesundheitsschutzbewegung „von unten“ begegnet werden. Dafür müssen vor allem Betriebsräte sowie Gewerkschaften in die Pflicht genommen werden.

Alternativen

Ein strategischer gesellschaftlicher Aktionsplan zur Pandemiebekämpfung lässt sich in zehn Punkten zusammenfassen:

1. Ständige muttersprachliche Aufklärung über Pandemie-Gefahren, das Recht auf wirksamen Infektionsschutz und die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-

Regeln

2. Niedrigschwelliges Angebot zuverlässiger Test- und Impfmöglichkeiten

3. Schnelle Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines standardisierten, einfach zu kon-

ketisierenden Infektionsschutzes in allen gesellschaftlichen Bereichen – beginnend mit den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe, Kitas, Krankenhäuser, Schulen)

4. Betriebliche und überbetriebliche Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP-Prinzips (Umsetzung technischer, organisatorischer und persönlicher Schutzmaßnahmen)

5. Gesetzliche Pflicht zur Bildung von Betriebsräten und von den Beschäftigten kontrollierten Kommissionen für Infektionsschutz

6. Politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung

7. Schnelle Verbesserungen in Kliniken und Pflegeeinrichtungen (Abkehr vom System der „Fallpau-schalen“, mehr und besser qualifiziertes Personal, gesundheitsschützende Arbeitsbedingungen, spürbar höhere Entlohnung)

8. Aufbau bzw. Ausbau der weitgehend handlungsunfähigen Gesundheitsämter und der Gewerbeaufsicht

9. Freigabe der Impfstoffpatente gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums)

10. Kampf für ein präventives Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge.

Wolfgang Alles ist aktiver IG Metalller in Mannheim

Corona und rechte Proteste

Von Pandemiebeginn an waren es Aktive aller brauen Schattierungen, die intensiv die Proteste mitorganisiert haben. Eine „Unterwanderung“ gab es nicht. Der desaströse Umgang mit der Pandemie verstärkte die Mobilisierungen und die Radikalisierung. Sicherlich sind nicht alle Beteiligten in rechtsextremen Strukturen organisiert. Reaktionäres Gedankengut ist ihnen jedoch nicht neu. Neu ist nur das immer offenere Bekenntnis dazu, auch durch vermeintlich „linke“ Kräfte.

Die Corona-Maßnahmen sind nur Anlass für Protest, nicht Ursache. Die Protestierenden nutzen die Krise für ihr Ziel Systemsturz. So wird ein „Ende“ der Pandemie diejenigen, die sich radikalisierten, nicht verschwinden lassen. Die jetzt entstandenen Strukturen werden uns noch lange in Abwehrkämpfen gegen diese „rechte Kulturrevolution“ beschäftigen.

Es sollte deshalb auch weniger Zeit für Versuche vergeudet werden, Menschen aus dieser Szene zurückzuholen. Vielmehr sollte die Solidarität mit den Menschen im Zentrum stehen, die von der faschistischen Hetze betroffen sind.

Thomas Preiser, Antifa-Aktivist, Ruhrgebiet

Gesundheitsschutz als Fremdwort?

Wolfgang Hien

Das Jahr 2020 markiert einen Umbruch. Die Corona-Krise thematisierte Verletzlichkeit, Krankheit und Tod in einer Breite, die in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands einmalig sind. Der Terminus „Gesundheitsschutz“ hielt Eingang in unsere Alltagssprache. Durch Corona wurden allerdings auch dessen Schwachpunkte offengelegt.

Die eigentlich vorgesehene staatliche Arbeitsschutzaufsicht wurde seit den 1990er Jahren personell und auch hinsichtlich effektiver Zugriffsmöglichkeiten heruntergefahren. Das heißt eine staatliche Kontrolle der Arbeitsverhältnisse und der gesundheitlichen Gefährdungen am Arbeitsplatz findet weitestgehend nicht

statt. Vor diesem Hintergrund, muss gefragt werden: Wo bleibt eigentlich die staatliche Kontrolle?

Die Antwort ist ernüchternd: Sie ist so gut wie nicht existent. Schon seit der Regierung Schröder-Fischer-Clement Anfang der 2000er Jahre war ein schleichernder Abbau der Gewerbeaufsicht zu beobachten. Superminister Clement – er vereinte damals das Wirtschafts- und Arbeitsministerium auf sich – betrieb voller Energie sein „Bürokratie-Abbau-Programm“ und versuchte die Bundesländer dazu zu bewegen, die Gewerbeaufsicht komplett abzuschaffen.

2003/2004 konnte eine Kampagne des DGB diesem Ansinnen Widerstand entgegensetzen, doch der schleichernde Abbau ging weiter. Die jetzige Gewerbeaufsicht

– je nach Bundesland wurde sie in Arbeitsschutzaufsicht umbenannt – ist personell geschrumpft. So gibt es nur noch selten „echte“ Betriebsbesuche; in der Regel werden „Systemkontrollen“ per Fernabfrage durchgeführt, eine Methode, die Schummeleien der Unternehmen Tür und Tor öffnet.

Betriebliche Brennpunkte

Nicht nur Fleischfabriken, sondern auch Logistikfirmen, Bauunternehmen und wieder vor allem Pflegebetriebe fallen als Brennpunkte von SARS-CoV-2-Infektionen und COVID-19-Erkrankungen auf. Die Gesundheitsschutzsituation ist oftmals miserabel, in manchen Betrieben – um nur ein Beispiel zu nennen – fehlt es bis heute an qualitativ guten Schutzausrüstungen.

Im Gesundheits- und Sozialwesen sind allein seit Beginn der Pandemie und bis Februar 2021 mehr als 1.200 Beschäftigte an COVID-19 schwer erkrankt, das heißt hospitalisiert. Mehr als 200 von ihnen sind „im Dienst“ verstorben. Die Aufregung ist groß. Auch in systemkonformen Medien wird gefragt, wie es sein kann, dass in einem hoch entwickelten Sozial- und Rechtsstaat die Arbeitsverhältnisse derart mangelhaft sind.

Bei näherem Hinsehen sind einerseits Unaufgeklärtheit, Unsicherheit und Hilflosigkeit erkennbar. Andererseits eröffnen sich Beratungsperspektiven, die womöglich änderungsrelevante Momente enthalten, wenn sie in der Fläche halbwegs etabliert wären.

Aufklärung, Beratung und Unterstützung hinsichtlich Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention sind als sozialstaatliche Leistung in den Sozialgesetzbüchern breit aufgestellt – doch auch hier wiederum eher normativ, denn tatsächlich real existierend.

Insbesondere in mittleren und kleinen Betrieben bleiben chronisch Kranke oftmals sich selbst und dem Unbill der jeweiligen betrieblichen und sozialen Wirklichkeit überlassen. Arbeits- und berufsbedingte Erkrankungen werden nicht wahrgenommen, und wenn doch, so gibt es – insbesondere bei der Anerkennung von Berufskrankheiten – zahllose Hürden, die alleine kaum zu bewältigen sind.

Diese unhaltbaren Zustände müssen bekämpft und überwunden werden.

Dr. Wolfgang Hien, Forschungsbüro für Arbeit, Gesundheit und Biographie, Bremen

Der Eides-Bruch der Regierenden bei der Pandemie-Bekämpfung... ... und ihre Ursachen

Winfried Wolf

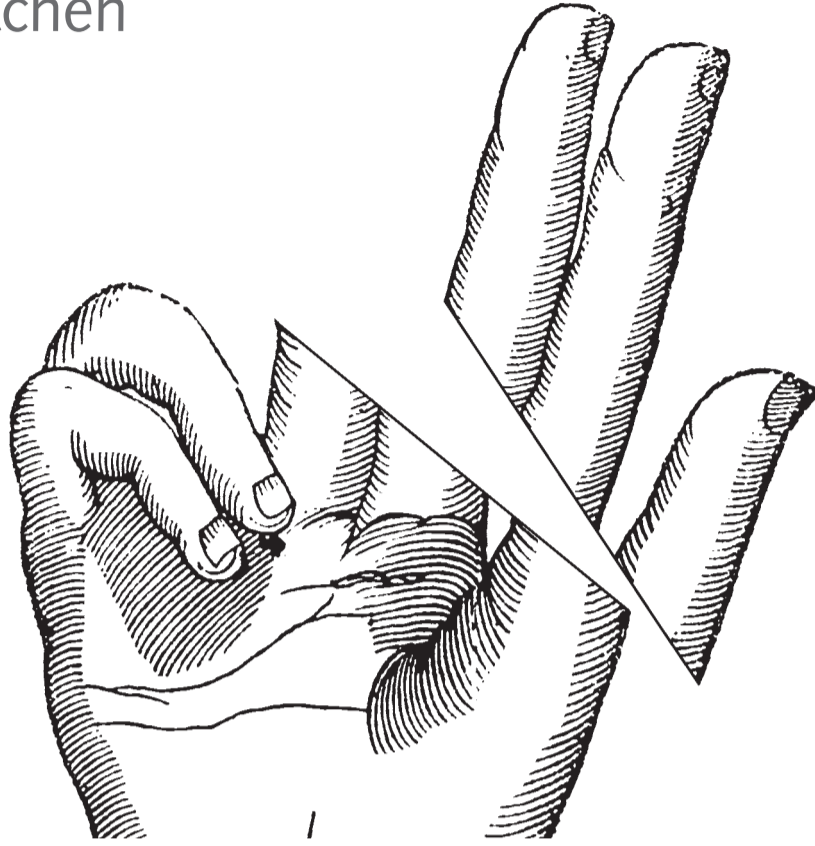
Die Regierenden in Berlin, Wien und Bern haben geschworen, Schaden vom Volk abzuhalten.¹ Seit gut zwei Jahren demonstrieren sie im Fall der Covid-19-Pandemie das Gegenteil. Dies lässt sich auf zwölf Ebenen verdeutlichen. Dabei hat dieses Verhalten System-Ursachen. Zunächst zu den Ebenen des Eides-Bruchs.

1. Es existiert keine glaubwürdige Stimme der Vernunft bei der Pandemiebekämpfung.

Bei einem derart einschneidenden Weltereignis, wie die Covid-19-Pandemie es ist, erwarten die Menschen eine wissenschaftliche, politisch neutrale Aufklärung. Dazu kam es nur in Ansätzen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) könnte auf Weltebene, Institutionen wie das Robert Koch-Institut könnten auf nationaler Ebene diese Rolle spielen. Doch die WHO wird seit vielen Jahren zunehmend von Pharma-Konzernen finanziert und ist damit Spielball spezifischer Interessen. Das RKI, direkt abhängig vom Bundesgesundheitsministerium, erschien allzu oft als Anhängsel des Gesundheitsministers und dessen konjunktureller Politik.

2. Es gibt keine Welt-solidarität in der Pandemie-Bekämpfung

Bislang erfolgten 80 Prozent aller weltweiten Corona-Impfungen in Ländern mit hohen und mittleren Einkommen; kein einziges armes Land erreichte bislang eine Impfquote von zehn Prozent. Das ist nicht nur unsolidarisch. Das ist auch kontraproduktiv. Die Delta-



Mutante kam aus Indien. Die Omikron-Mutante aus Südafrika. Seit Januar 2022 soll es eine nochmals neue Covid-19-Mutation („B 1640.2“) mit Herkunftsland Kamerun geben. Es liegt auf der Hand: Eine globale Seuche kann nur global bekämpft werden. Der „Impf-Imperialismus“ verunmöglicht eine wirksame Bekämpfung.

3. Die EU ist auf dem Gebiet der Pandemie-Bekämpfung inexistent.

Die EU (mit der die Nicht-EU-Länder Norwegen, Schweiz und Großbritannien eng verbunden sind) wäre aufgrund der Größe und der Existenz von geeigneten Institutionen, so der EMA (der European Medicines Agency = Europäische Arzneimittel-Agentur) eine ideale Struktur für eine gemeinsame Pandemie-Politik. Doch Entsprechendes wurde nicht einmal im Ansatz versucht. Jedes Land in Europa betreibt eine eigene Pandemie-Politik. Der

Einkauf der Impfstoffe erfolgt auf Basis nationaler Verantwortung und entsprechend der jeweiligen Finanzkraft. Entsprechend haben die ärmsten EU-Länder Bulgarien und Rumänien die niedrigsten Impfquoten und die höchsten Corona-Todeszahlen (je 100.000 Menschen).² Dieses Scheitern der EU verstärkt die allgemeine „Politikverdrossenheit“.

4. Die EU und die Regierungen in Berlin, Wien und Bern betätigen sich als Interessenvertretungen der Pharma-Industrie.

Für Covid-19-Forschung wurden allein in Europa mehrere Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben. Dennoch wird am Prinzip der privatkapitalistischen Impfstoffproduktion festgehalten. Das verteuert und behindert die Pandemie-Bekämpfung enorm. BionTech beispielsweise wird von zwei Milliarden kontrolliert. Im

Jahr 2021 machte der BionTech-Jahresgewinn die Hälfte des Umsatzes aus.³ Das Unternehmen erhielt 2020 375 Millionen Euro an staatlichen Fördermitteln. Allein der BionTech-Gewinn würde ausreichen, um jedem Mensch in Afrika eine Erst- und Zweitimpfung anzubieten. Doch der Gewinn bleibt privat. Die Patente für die Impfstoffe werden nicht freigegeben. Menschen, die mit Covid-19-Impfstoffen aus Russland, China oder Kuba geimpft wurden, gelten in der EU als nicht geimpft. Tatsächlich ist die Pandemie auch ein gigantisches Geschäft für große (meist westliche) Pharmakonzerne. Auch dies untergräbt das Vertrauen in die offizielle Pandemie-Bekämpfung.

5. Eine Zero-Covid-Politik wird nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.

Am Pandemie-Beginn und in den Zeiten von niedrigen Inzidenzen – so im Sommer 2021 – bestand die Möglichkeit, durch ein intensives Aufspüren von Ansteckungen und von Quarantäne der infizierten Menschen die Seuche insgesamt unter Kontrolle zu bekommen. Ein gutes Dutzend Länder – darunter Australien, Neuseeland, Vietnam, Kuba, Taiwan, Japan, Südkorea, Singapur und die VR China – verfolgten diese Strategie bis Frühjahr 2021 mit Erfolg. Doch eine solche Zero-Covid-Politik wurde in Nordamerika, in Russland und in Europa nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Dafür hätte man unter anderem das Personal der Gesundheitsämter massiv aufstocken müssen. So konnte sich das Virus immer wieder aufs Neue verbreiten. Tatsächlich wurde die Zero-Covid-Politik in den genannten Staaten solange weitgehend ignoriert, bis sie als Ergebnis von Isolation und neu entstandenen Virus-Mutanten kollabierte. Die damit erzwungene Aufgabe dieser sinnvollen Politik wird dann noch schadenfroh kommentiert.⁴

6. Für die offizielle Pandemie-Politik sind die Kapazitäten des Gesundheitssystems und nicht die Gesundheit der Menschen der entscheidende Maßstab.

Eine solidarische und humanistische Pandemiebekämpfung hat die menschliche Gesundheit im Zentrum. Doch die tatsächliche Pandemie-Bekämpfung kennt nur

einen Maßstab: die Kapazitäten der Kliniken – und hier die Auslastung der Intensivbetten. Das mündet logisch in eine Politik mit willkürlichen Jojo-Lockdowns und widersprüchlichen Schutzbestimmungen. Im Sommer 2021 wurde in Deutschland sogar der Maßstab der Inzidenz als unwichtig abgetan und die „Hospitalisierungsrate“ als neue, entscheidende Messlatte eingeführt.

7. Die Arbeitswelt bleibt bei den Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung ausgeklammert.

Insbesondere Bereiche der Arbeitswelt, in denen Home-Office nicht stattfinden kann, werden bei Corona-Schutzmaßnahmen weitgehend ausgeklammert. Selbst elementare Maßnahmen wie Maskentragen und Abstandhalten werden in Fabriken, Großraumbüros, auf Baustellen und in den Kantinen vielfach nicht eingehalten. Dafür gibt es nur einen einzigen Grund: Profit geht vor Gesundheit. Dabei ergaben Stichproben, dass es sich bei vielen Arbeitsplätzen um Hotspots handelt. Stichworte: Fleischindustrie, Baustellen, Logistik-Zentren. Die Pandemie-Politik macht hier ihren Kniefall vor dem Profitprinzip und dem Unternehmerlager.

8. Ein auf Gewinnerzielung ausgerichteter Gesundheitssektor wirkt sich bei der Pandemiebekämpfung extrem negativ aus.

Während die Gesundheitsversorgung jahrzehntelang in erster Linie eine Angelegenheit der öffentlichen Hand war, wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Gesundheitssektor europaweit dem Prinzip der Gewinnerzielung unterworfen. Das wirkt sich für die Pandemiebekämpfung extrem negativ aus. Faktisch ist es die öffentliche Hand, die nun in weiten Bereichen wieder die Kontrolle übernimmt, die mit Hunderten Milliarden Euro Steuergeldern einspringt - ohne jedoch die privatkapitalistischen Strukturen grundsätzlich in Frage zu stellen. Und so setzt sich selbst in der Pandemie die Fehlentwicklung in diesem Bereich fort. 2020 wurden allein in Deutschland weitere 20 Krankenhäuser geschlossen. Aktuell sind 30 Kliniken von Schließung bedroht. Die Zahl der

Triage bereits im Pflegeheim

Ein Schreiben des Klinikums Tuttingen und des Sozialdezernats des Landkreises an Pflegeeinrichtungen sorgt für Entsetzen. Darin wird festgehalten, dass hohes Alter und Vorerkrankungen zu einer sehr schlechten Prognose führen. „Dabei müssen wir auch in der vierten Welle feststellen, dass vor allem betagte und hochbetagte Menschen, viele mit schweren Begleiterkrankungen, zur akutstationären Behandlung eingeliefert werden“, heißt es in dem Brief. Es werde darum gebeten „Klienten sowie deren Angehörige dafür zu sensibilisieren, in dieser schwierigen Zeit Krankenhauseinweisungen besonders sorgfältig zu bedenken“. Dem Schreiben ist eine Patientenverfügung beigelegt. Die Plattform Ability Watch hält fest: Die Pflegeeinrichtungen werden „unverblümt dazu aufgefordert, dafür zu sorgen, dass alte, behinderte oder erkrankte Personen im Falle einer Corona-Infektion nicht mehr behandelt werden.“

Zum Zeitpunkt des Schreibens, Anfang Dezember, sind die Intensivstationen des Klinikums voll, planbare Operationen werden verschoben. Die Triage soll nun ins Dunkel der Pflegeheime verschoben werden. Das ist das Ergebnis einer zynischen Pandemiepolitik, die die Verantwortung allein dem Gesundheitssystem aufbürdet.

Umsatz Biontech
2020: 41 Millionen
im kleinen Kreis unten
2021: 2.800.000 Millionen
rechts



Corona in der Fabrik

Im Frühjahr 2020 gelangte das Thema Corona auch in „unseren“ Betrieb in der Rhein-Neckar-Region. Zu allererst forderte die Geschäftsleitung eine Betriebsvereinbarung zu Kurzarbeit. Nach deren Abschluss wurden sofort Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt, obwohl das nicht notwendig war. Die Umsetzung der Maskenpflicht verzögerte das Management dann so lange als möglich wegen „Lieferschwierigkeiten“. Stattdessen sollten die privaten Schutzmasken bei der Arbeit genutzt werden. Schließlich wurde „mobiles Arbeiten“ eingeführt. Für die Beschäftigte bedeutete dies weniger Rechte, für die Firma weniger Pflichten. Im Laufe der Pandemie wurden mehrere Maßnahmen eingeführt und wieder beendet. Entscheidend hierfür waren die Kosten. Kostenlose Vorgaben wurden schnell umgesetzt. Diskutiert wurde viel über Strafen bei Verstößen gegen oft unsinnige Anordnungen.

Frühstücksholdienst, Duschen nach der Arbeit und anderes, was im Interesse der Arbeitenden liegt, hat die Firmenleitung verboten, wenn dabei Maßnahmen zum Gesundheitsschutz erforderlich waren.

Bilanz bei rund 1.000 Beschäftigten: Ein Corona-Todesfall und gut 50 Erkrankte, die auch nach ihrer „Genesung“ mit Folgeschäden zu kämpfen haben.

Christof Schiffers, Arbeiter und aktiver Gewerkschafter, Ludwigshafen

Intensivbetten wurde deutlich reduziert. Das Krankenhauspersonal ist überlastet und unterbezahlt. In der Folge geben tausende Klinikbeschäftigte ihren Beruf auf.

9. Das Wüten der Pandemie in den Altenheimen ist ein Skandal

Am Beginn der Pandemie gab es ein allgemeines Entsetzen, als Tausende Menschen in den Altenheimen starben. Die Politik versprach umfassende Verbesserungen. Doch nichts dergleichen geschah. Nun wurde Ende 2021 festgestellt: In Deutschland ist nur gut die Hälfte der fast eine Million Alten in den Heimen geboostert; beim Personal ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ein überproportional hoher Anteil nicht geimpft. Die logische Folge: Erneut gibt es in den Seniorenheimen unnötigerweise hunderte Tote. Auch hier ist dies eine Folge der meist privatkapitalistischen Struktur dieser Einrichtungen.

10. Die gewaltigen staatlichen Mittel fließen zu einem großen Teil in hochprofitable Bereiche.

Es gab in der Pandemie bislang unvorstellbar hohe staatliche Unterstützungsleistungen. Doch diese fließen in erster Linie großen Unternehmen zu. Auch Großkonzerne mit Milliarden-Gewinnen kassierten hunderte Millionen Euro an Staatshilfen – beispielsweise für Kurzarbeit. Damit verglichen sickerte nur ein Rinnsal in die Bereiche Handwerk, Kneipen und Kultur, in denen einige Millionen Beschäftigte und Scheinselbständige nun existenziell bedroht sind.

11. Es gibt keine überzeugende und koordinierte Antwort auf die Corona-Leugner

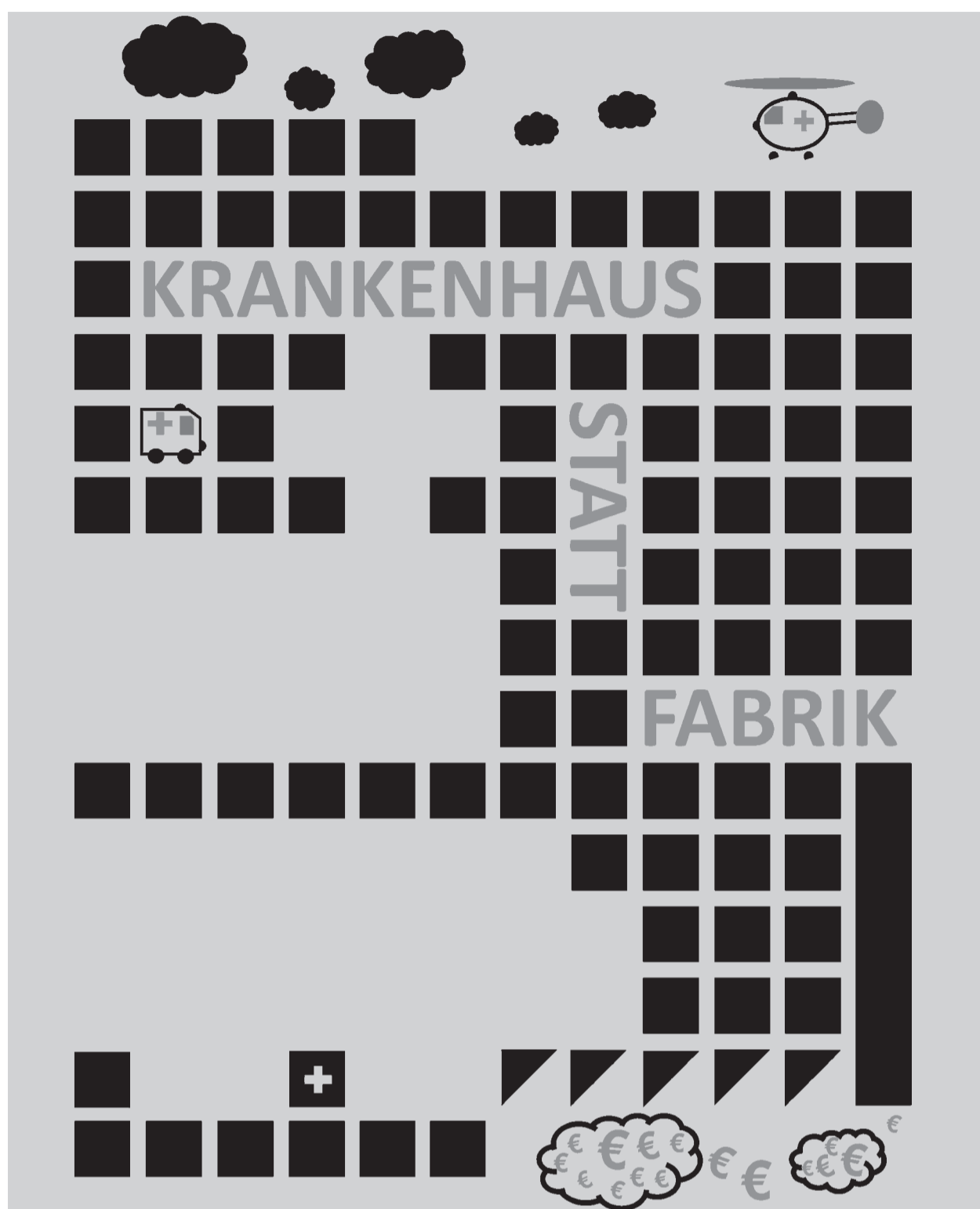
Eine medial wirksame, effiziente Antwort auf die tausendfachen Fake News der Corona-Leugner fehlt. Ja, man bereitete diesem gefährlichen Milieu von Irrationalismus und Faschismus auf vielfältige Weise den Boden:

- durch die eigene Ignoranz (in den ersten zwei Monaten hieß es: „Masken nutzen nichts!“),
- mit dem beschriebenen Zickzack-Kurs,
- mit der unzureichenden finanziellen Absicherung der Menschen, die in besonderer Weise von der Pandemie und den Corona-Maßnahmen betroffen sind: in den Bereichen Kleinge-

Solidarisches Handeln ist gefordert

Wir müssen die Corona-Pandemie und ihre mögliche Zuspitzung durch neue Mutationen absolut ernst nehmen. Mit sinnvollen, wirksamen und gut durchdachten Schutzmaßnahmen gilt es, die Ausbreitung des Virus zumindest zu verlangsamen, um die Gefährdung von vielen zu verringern. Dass so viele Menschen das Tragen von Schutzmasken oder auch das Impfen als einen unzulässigen Eingriff in ihr Persönlichkeitsrecht ablehnen, ist für mich Ausdruck einer egoistischen Grundhaltung. Sie führt dazu, dass einige die Verantwortung für ihre Mitmenschen von sich schieben. Wir sollten uns aber bewusst sein, dass wir mit unserem Handeln dazu beitragen können, wie gut vor allem ältere und kranke Menschen in unserer Gesellschaft diese Krise überstehen. Durch solidarisches Handeln können wir nicht nur der von rechten Kreisen gesteuerten Panikmache entgegenwirken, sondern auch die Krise am besten überstehen.

Helmut Schmitt, Vorsitzender der IG BCE Ortsgruppe Weinheim



werbe, Kunst, Frauen, Kids.

12. Die Pandemie-Bekämpfung ist der Tagespolitik untergeordnet

Die vierte Welle der Pandemie wurde im Frühsommer 2021 prognostiziert. Dennoch wurden ab Frühjahr 2021 europaweit Schutzmaßnahmen reduziert. In mehreren Ländern wurde ein „Freedom Day“ angekündigt. In Deutschland wurden im Sommer 2021 die Impfzentren geschlossen. Noch im November 2021 wurde in diesem Land offiziell die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ aufgehoben. Damit sind einheitliche Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung auf Bundesebene kaum mehr umsetzbar. All dies erfolgte wider besseres Wissen und allein mit dem Ziel, kurzfristig den Menschen nach dem Mund zu reden und Wahlerfolge zu erzielen. Diese Politik

rächt sich jetzt doppelt. Sie kostet zum einen Tausenden Menschen unnötig das Leben. Und sie untergräbt ein weiteres Mal das Vertrauen in die offizielle Politik der Pandemiebekämpfung. Der jetzt erschallende Ruf nach einer Impfpflicht wird als eine weitere autoritäre Maßnahme einer Politik begriffen, die sich disqualifiziert hat.

Es gibt drei zentrale Gründe für die fatale Gesamtbilanz.

Zunächst zu nennen ist der *Charakter der Pandemie*. Die tausendfach wiederholte Formulierung „Corona trifft Arm und Reich“ ist falsch. Die Pandemie hat einen sozialen, ja einen Klassencharakter. Sie trifft überwiegend die finanziell Schwachen, die prekär und die in engen Wohnverhältnissen Lebenden und die zur Arbeit mit viel direkten zwischenmenschlichen Kontakten Gezwungenen. Sie trifft Frauen und Kinder in besonderem Maß. Im Frühjahr 2021 wurde in Köln stellvertretend für alle großen Städte festgestellt: Die dortige Inzidenz lag damals im Durchschnitt bei 240. In den Reichen-Vierteln Köln-Fühlings und Hahnwald gab es eine Null-Inzidenz. Dagegen lag sie in Armen-Quartieren wie Köln-Libur bei 700.

Angesichts dieses Grundcharakters der Pandemie ist die vorherrschende Pandemie-Politik

schlicht die Pandemie-Politik der Herrschenden. Sie gefährdet vor allem die Beherrschten.

Die *zweite Ursache*. Wirksame Pandemie-Bekämpfung und überzeugende Seuchen-Aufklärung setzen die kollektive, öffentlich organisierte und auf offenem Wissensaustausch basierende Zusammenarbeit voraus. Das ist das Gegenteil derjenigen Grundsätze, die in der bestehenden Gesellschaft Ton und Takt angeben: Konkurrenz, Ellbogen-Mentalität und die Propagierung des Rechts des Stärkeren. Die offizielle Politik der Pandemiebekämpfung ist auch hier nichts anderes als ein Spiegelbild des Grundcharakters der bestehenden Gesellschaft.

Die *dritte Ursache*: Das Covid-19-Virus ist nicht eine x-beliebige neue Krankheit, die weggeimpft werden kann. Sie hat ihre Wurzeln in der immer weiter gestiegenen Globalisierung, in der Zurückdrängung von Natur und Wildtierwelt, in der Massentier-

haltung und der „Zoonose“, dem Überspringen von Infektionskrankheiten, die bei Wirbeltieren natürlicherweise vorkommen, auf Menschen. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Wildtiermärkte in China zu erwähnen, sondern beispielhaft auch die Nerzfarmen in Dänemark, Polen, Spanien und den Niederlanden, in denen 2020 mehr als 15 Millionen (!) Tiere gekeult werden mussten, weil sie sich als Covid-19-Virenträger erwiesen.

Eine wirksame Pandemiebekämpfung muss auf der Selbstorganisation der Menschen und auf internationaler Solidarität gründen. Gewerkschaften und linke Parteien sind dafür der entscheidende Ansprechpartner. Diese müssen sich der Kritik und diesem Anspruch stellen. Letzten Endes muss das bestehende Wirtschaftsmodell durch ein völlig anderes, durch ein System, das auf Dezentralität, Planung und Zusammenarbeit basiert, ersetzt werden.

Anderenfalls wird Pandemie auf Pandemie folgen. Eine Mutante wird dann die nächste jagen. Und dies in immer kürzeren Zyklen. Für die Pharma-Konzerne ist dies ein Profit-Traum. Für die Menschen ist das der Alptraum.

Anmerkungen:

1 Die Eidesformel in Deutschland (Kanzler, Minister) lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

2 Die Impfquoten sind wie folgt (erste Zahl = Erstimpfung; 2. Zahl = „vollständig geimpft“): Bulgarien: 28/27%; Rumänien: 41/40%. In Bulgarien gibt es (Stand: 30.11.2021) 417 Tote je 100.000 Menschen; in Rumänien sind es 298 je 100.000. Zum Vergleich: Impfquote Deutschland = 75/70%; 122 Corona-Tote je 100.000 Menschen.

3 In den ersten drei Quartalen von 2021 lag der BionTec-Umsatz bei 13,4 Milliarden Euro; der Gewinn bei 7,1 Milliarden Euro. Die Gebrüder Strüngmann kontrollieren 45 Prozent der Biontech-Anteile. Diese „Anker-Aktionäre“ lehnen aus Eigeninteresse eine Patentfreigabe strikt ab: „Es kann nicht angehen, dass geistiges Eigentum zum Spielball politischer Überlegungen wird“, so Andreas Strüngmann im Manager-Magazin (16.9.2021)

4 In der „Süddeutschen Zeitung“ (25.8.2021) fand sich die folgende Logik: „4,6 Intensivbetten pro 100.000 Einwohner gibt es in Neuseeland, Deutschland hat im Vergleich 38,7. Diese erschreckend niedrige Zahl und die niedrige Impfquote führen dazu, dass der Null-Covid-Kurs [...] momentan alternativlos ist.“ Die Tatsache, dass es auch mit Stand Dezember 2021 in Neuseeland insgesamt nur 25 Corona-Tote gab, was, bezogen auf 100.000 Menschen, 0,9 Corona-Tote sind, und dass es in Deutschland mit 122 Toten je 100.000 Menschen 135 Mal mehr Corona-Tote gibt, wird nicht erwähnt.

Die ökonomische Ungleichheit nimmt drastisch zu

Corona wurde Anfang 2020 zur Bedrohung des kapitalistischen Wachstums. Zur Aufrechterhaltung des profitorientierten Wirtschaftssystems wurde auch mit einer Überflutung der Märkte mit Geld reagiert. Die Geldflut fand kaum Möglichkeiten zur Anlage in der Produktion; riesige Summen flossen in Aktienmärkte und Immobilien. Rekord-Aktienindizes und stark steigende Immobilienpreise weltweit sind so die Folgen. Die Immobilien müssen zur notwendigen Rendite steigende Mieten gewährleisten. Vonovia nennt das „Addvalues“. Mieterinnen und Mieter geben inzwischen deutlich mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aus. Das Existenzminimum wird zunehmend unterschritten. Fatal!

Karlheinz Paskuda, Aktivist der Mietenbewegung, Göttingen



Plattform der Zero Covid-Redaktion

KRISE & PANDEMIE

Wir erleben die tiefste Krise seit Jahrzehnten. Sie kostete bislang weltweit mehr als 5,4 Millionen Menschenleben, verursacht massenhaft Leid und vernichtet gewaltige Werte.

Die tieferen Ursachen der Pandemie liegen im zerstörerischen Umgang der Gesellschaft mit Mensch und Natur und einem am Markt orientierten Gesundheitssystem. Sie wirkt zudem als Brandbeschleuniger einer globalen Wirtschaftskrise, die den ökonomischen wie ökologischen Irrsinn der kapitalistischen Globalisierung offenlegt.

GEFÄHRLICHES VIRUS

Seit zwei Jahren wütet das Virus. Ein Ende ist nicht in Sicht. Immer neue Mutationen unterlaufen die durch Impfung oder Infektion gewonnene Grundimmunsierung.

Eine Seuche folgt nicht allein Naturgesetzen. Sie ist auch ein soziales und politisches Geschehen, das durch pharmakologische Maßnahmen allein nicht gestoppt werden kann. Das geht nur durch eine systematische Niedriginzidenzstrategie, die auf globale Solidarität ausgerichtet ist und die sozialen Lasten gerecht verteilt. Die politisch Verantwortlichen aber tun das Gegenteil: Sie verharmlosen die Pandemie systematisch, ganz besonders Long Covid. Mitten in der Pandemie schließen sie Kliniken, behalten die Devise „Privat vor Staat“ bei und wälzen die Krisenlast auf die finanziell schwächsten Teile der arbeitenden Klasse ab. Deshalb bekommen sie die Pandemie nicht in den Griff.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die Pandemie ist nur global zu besiegen. Während die Impfquote in Ländern mit hohem Einkommen bei rund 73 Prozent liegt, liegt sie in Ländern mit niedrigem Einkommen nur bei 5 Prozent. Die WHO fordert eine gerechte Verteilung der Impfstoffe. Doch die Industriestaaten weigern sich, die Impfstoff-Patente freizugeben und den vorhandenen Impfstoff global gerecht zu verteilen.

SOZIALE FOLGEN

Die Pandemie trifft nicht alle Menschen gleich. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung haben am wenigsten Möglichkeiten, Kontaktbeschränkungen einzuhalten. Wer kurzarbeitet, hat massive Lohnverluste. Arme, Obdachlose, Hartz-IV-Haushalte gehen leer aus. Ausgerechnet die Industrien, die Umwelt und Klima massiv belasten, werden mit Milliarden bedacht. Die Hauptleidtragenden sind Frauen und Kinder. Zu einer Niedriginzidenzstrategie gehören folgende Maßnahmen:

VORBEUGENDE MASSNAHMEN

Die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung ist die Kontrolle über die Ausbreitung des Virus. Das erfordert:

- Gesundheitsämter, die personell und technisch in der Lage sind, fortlaufend und flächendeckend Daten über Neuinfektionen zu sammeln und zeitnah weiterzugeben sowie Kontakte nachzuverfolgen;
- eine Gewerbeaufsicht, die die Einhaltung der erforderlichen Maßnahmen flächendeckend kontrolliert;
- die Durchsetzung technischer, organisatorischer und persönlicher Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz sowie Interessenvertretungen der Belegschaften, die das kontrollieren;
- ein Gesundheitssystem, das ausreichend Kapazitäten vorhält, nicht nach dem Gewinnprinzip arbeitet und die Beschäftigten anständig bezahlt;
- eine in öffentlicher Hand koordinierte Erforschung und Produktion von Impfstoffen.

AKUTE MASSNAHMEN

Impfen ist die Einzelmaßnahme mit dem größten Schutz bei vergleichsweise geringster Belastung für den Einzelnen. Damit der Impfschutz alle erreicht, müssen die Angebote zu den Menschen gebracht werden:

- durch flächendeckende Aufklärung in verschiedenen Sprachen;
- durch aufsuchende Impfkationen;
- durch ein vervielfachtes Angebot bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und Nulltarif im Nahverkehr.

Begleitend sind fortlaufende Massentests und die Einhaltung der AHA-L-Regeln geboten, kostenlose FFP2-Masken erleichtern das. Auch ein differenzierter und solidarischer Shutdown kann eine entscheidende Rolle spielen. Autoritäre Maßnahmen hingegen verweisen auf das Fehlen einer kohärenten Pandemiebekämpfung.

URSACHEN BEKÄMPFEN

Die Abholzung der Regenwälder muss sofort gestoppt werden. Ackerland darf nicht länger für den Anbau von Energiepflanzen verwendet werden, die Massentierhaltung muss beendet werden. Unsere Solidarität gehört den Kleinbauern und Landarbeitern in den armen Ländern, die darum kämpfen, von ihrem Land leben zu können.

ALTERNATIVEN

Corona wird kein einmaliges Ereignis bleiben. Bereits die Klimaerwärmung sorgt dafür, dass es mehr Seuchen geben wird. Die Perspektive aber: „Mit dem Virus leben“ wird weitere hunderttausend Tote kosten. Eine grundsätzliche Kehrtwende ist erforderlich. Sie geht notwendig an die Wurzeln der kapitalistischen Wirtschaft und erfordert eine ökosozialistische Alternative.

Gegen das Elend der Pandemie und die Pandemie des Elends

Christian Zeller

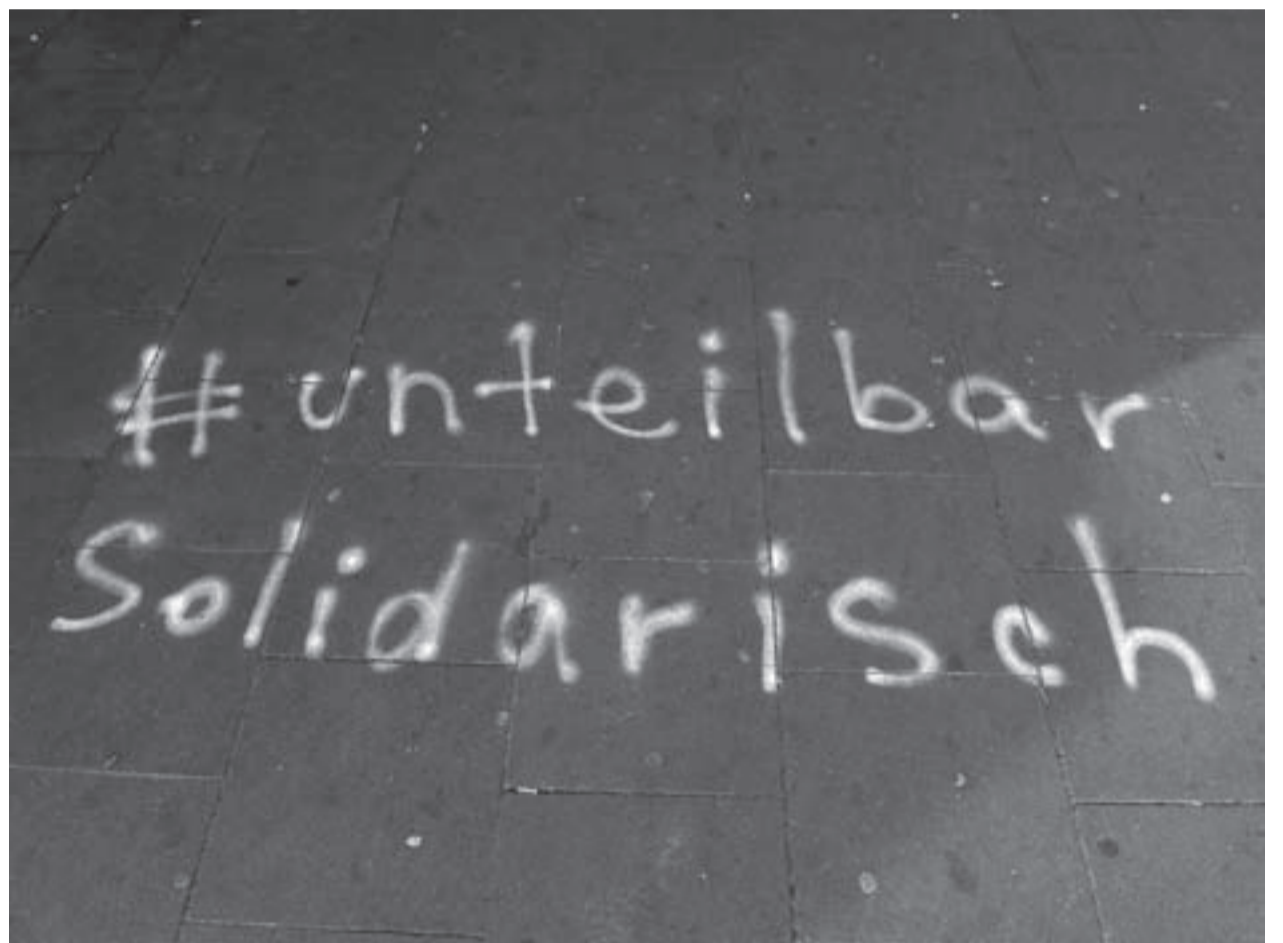
Die Pandemie ist eine globale Herausforderung. Jede Regierung handelt alleine und im Dienste „ihrer Wirtschaft“. Aber nur mit globaler Solidarität lässt sich die Pandemie sozial verträglich beenden.

Bis Ende 2021 riss die Pandemie gemäß offiziellen Zahlen

imperialistischen Länder und die damit verbundene internationale Arbeitsteilung wieder. Covid-19-Erkrankungen rissen Millionen von Menschen in Lateinamerika, Afrika und armen asiatischen Ländern in den Tod. Dafür ist auch die verbrecherische Verteidigung der Patente bei den Impfstoffen durch die politischen Eliten und

Doch in vielen Ländern fehlen die Voraussetzungen für umfassende und schnelle Impfkampagnen.

Die Impfstoffe sind ein Ergebnis der Kreativität vieler Menschen und der staatlichen Finanzierung in zahlreichen Ländern. Die Impfstoffe müssen der ganzen Menschheit frei zugänglich sein. Darum sind die Patente auf Impf-



weltweit 5,5 Millionen Menschen in den Tod. Zahlreiche Länder weisen massive Übersterblichkeiten auf. Die tatsächliche Anzahl der Covid-19-Toten übersteigt die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches. Die Zeitschrift *The Economist* kommt mit einer Analyse der Sterbestatistiken zum Ergebnis, dass die Pandemie bis Ende 2021 weltweit 12 bis 22 Millionen Tote gefordert haben dürfte. Die Omikron-Variante verbreitet sich weltweit rasend schnell.

Die meisten Regierungen verharmlosen die Pandemie. Ihr zentrales Ziel ist es, die Wirtschaft so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Die Menschen werden fast überall zur Arbeit gezwungen, auch bei sehr hohem Ansteckungsrisiko.

Die europäischen Gesellschaften könnten es sich ökonomisch erlauben, viele nicht erforderliche Wirtschaftsbereiche für einige wenige Wochen runterzufahren und solidarisch von den erarbeiteten Reserven zu leben. Für die armen Ländern ist das unmöglich. Darum entspricht es globaler Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die reichen Ländern das Virus nicht exportieren.

Der Verlauf der Corona-Pandemie spiegelt die Dominanz der

die Pharmakonzerne verantwortlich. Zur Maximierung der Profite ihrer Pharmakonzerne betreiben die reichen Staaten Europas und Nordamerikas einen menschenfeindlichen Impfstoffnationalismus.

Die Pandemie ist eine Pandemie des Elends in den abhängigen und verarmten Gesellschaften. Wer schwadroniert, das Virus werde bald endemisch, blickt bequem über das durch diese Weltordnung verursachte Elend hinweg. Den Preis hierfür bezahlen die Armen der Welt, viele mit ihrem Leben. Ein rasches Ende dieser Barbarei ist nicht in Sicht. Denn auch nach der Pandemie werden die elenden Lebensbedingungen andauern. Darum ist eine weltweit solidarische und umfassende Impfung so wichtig.

stoffe aufzuheben. Nötig ist eine weltweit solidarische Erforschung und Produktion von Impfstoffen. Die Gesellschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika müssen die erforderlichen medizinischen Güter selber produzieren können. Die Pharmakonzerne sind zu einem Technologietransfer mit den armen Ländern zu zwingen. Gewerkschaften und soziale Bewegungen sollten sich für die demokratische gesellschaftliche Aneignung dieser Profitmaschinen einsetzen, um einen grundlegenden Umbau des Gesundheitssystems einzuleiten.

Christian Zeller lehrt Wirtschaftsgeographie und Global Studies an der Universität Salzburg und engagiert sich für eine transnationale ökosozialistische Bewegung



Solidarisch für die Gesundheit – gegen die Pandemie

In zunehmend mehr Städten demonstrieren Menschen für eine solidarische Pandemiepolitik. Sie stellen sich damit den Corona-Verharmloser*innen auf der Straße entgegen. Sie unterstützen die Beschäftigten in den Krankenhäusern und setzen ein Zeichen, dass sich die Pandemie nur gemeinsam und solidarisch beenden lässt. Demonstrationen gab es zum Beispiel am 8.1. in Aachen mit dem Motto „Solidarisch auch in Krisenzeiten“, Menschenketten in Erfurt, Rudolstadt und Arnstadt, am 10.1. in Mannheim „Uffbasse: Solidarität in der Pandemie“, am 10.1. „Jena solidarisch“ und „Leipzig nimmt Platz“ und am 15.1. in Ebersberg, Oberbayern „Mit Solidarität und Wissenschaft durch die Pandemie!“ Und, und, und... Wir unterstützen diese lokalen Bündnisse! Wir hoffen, dass es rasch viele werden!